

Benhandels (rd. 60%) zwischen den USA und China in Form des Entrepot-Handels über Drittländer (hier vor allem über Hongkong) geführt. Nach US-Statistiken werden 80% der chinesischen Produkte über Drittländer in die USA und nur 20% direkt verschifft.

* Die in Drittländern geschaffene Wertschöpfung wird von China nicht als Exportwert aus China angesehen. Die bilaterale Untersuchungskommission kommt zu dem Schluß, daß die durchschnittliche Wertschöpfung in Hongkong 40,7% der Exporte in die USA ausmachte. Die USA rechneten jedoch diesen Wert als Teil der Importe aus China.

* US-Statistiken über Exporte der USA nach China vernachlässigten Re-Exporte über Hongkong. Dem Bericht der bilateralen Kommission zufolge sei das Volumen der Re-Exporte nach China über Hongkong, das in der US-Statistik der Exporte nach China enthalten sei, nur ein Viertel der Exporte, die Hongkong in seiner entsprechenden Statistik aufführe.

Im Weißbuch werden noch weitere Gründe aufgeführt wie Probleme bei der Bestimmung des Ursprungslandes durch die USA und Fehlkalkulationen aufgrund unvollständiger Exportstatistiken. Die verschiedenen Ursachen führen aus Sicht der chinesischen Regierung dazu, daß das Handelsdefizit der USA wesentlich geringer sei. Statt des von den USA angeführten Defizits in Höhe von 39,52 Mrd. US\$ im Jahre 1996 müsse dies rd. 16 Mrd. US\$ niedriger sein.

Das Weißbuch nennt jedoch auch andere Punkte, die aus chinesischer Sicht die Entwicklung der Handelsbeziehungen behinderten. So beispielsweise würden die Exportkontrollen der USA bei Lieferungen von High-Tech-Produkten und bei der Kooperation zur friedlichen Nutzung von Kernenergie diskriminierend wirken und hätten in den vergangenen Jahren dazu geführt, daß China lukrative Aufträge an beispielsweise Frankreich, Kanada und Rußland vergeben habe.

Im Weißbuch wird andererseits auch die herausragende Rolle der USA für die chinesische Wirtschaft betont. So seien die USA ohne Berücksichtigung von Investitionen aus Hongkong und Taiwan nach Japan der zweitgrößte Investor. Ende 1996 hätten die USA 22.240 Projekte mit einem vertraglich zugesag-

ten Investitionsvolumen von 35,1 Mrd. US\$ abgeschlossen. Das Volumen der bereits realisierten Investitionen belaufe sich auf 14,29 Mrd. US\$. (FE/2875, nach SWB, 24.3.97)

Zwar räumt die chinesische Regierung also ein, daß die USA im bilateralen Handel inzwischen ein zunehmendes Defizit hinnehmen müßten, doch fordert sie von den USA eine Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Abbau von Exportrestriktionen. Gleichzeitig versprach China, eine weitere Öffnung der Märkte für Produkte aus den USA. (NZZ, 22./23.3.97)

Beide Länder weisen der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen eine große Bedeutung ein. Ende März d.J. war der US-Vizepräsident Al Gore in Beijing, um beim Abschluß von wichtigen Geschäften präsent zu sein. Hierbei ging es um den Kauf von fünf Passagierflugzeugen der Firma Boeing im Werte von 685 Mio. US\$ sowie um die Unterzeichnung eines Joint Venture-Vertrages mit dem Autokonzern General Motors über 1,3 Mrd.US\$. (NfA, 26.3.97) -schü-

Binnenwirtschaft

*(24)

Planung für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1997

Auf der 5.Tagung des 8.Nationalen Volkskongresses (NVK) Anfang März hat Chen Jinhua, Minister der Staatlichen Planungskommission, die Implementation des Planes für das vergangene Jahr sowie die Planvorgaben für 1997 vorgestellt. Während auf die Wirtschaftsergebnisse des letzten Jahres in der folgenden Ausgabe von *China aktuell* im Rahmen des politischen und wirtschaftlichen Rückblicks auf das Jahr 1996 eingegangen wird, sollen im folgenden die wichtigsten Zielvorstellungen für das laufende Jahr genannt werden.

Die Staatliche Planungskommission sieht 1997 als ein besonders wichtiges Jahr an, da in diesem Jahr die Rückgabe Hongkongs erfolgt und der 15.Parteitag der KPCh abgehalten wird. Als allgemeine Erfordernisse an die wirtschaftliche Arbeit werden u.a. folgende politischen und ökonomischen Leitlinien genannt:

- * Festhalten an Deng Xiaopings Theorie vom Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen.
- * Umfassende Implementation der Parteilinie und -politik.
- * Förderung des grundlegenden Wandels des Wirtschaftssystems (einerseits der Wandel von der traditionellen Planwirtschaft zur sozialistischen Marktwirtschaft und andererseits der Wandel von einem extensiven zu einem intensiven Wachstumsmodell).
- * Fortsetzung der Politik einer angemessen knappen Finanz- und Geldpolitik.
- * Beschränkung der Preissteigerungen.
- * Stärkung der Position der Landwirtschaft als Grundlage der Wirtschaft.
- * Beschleunigung der Wirtschaftsreform, insbesondere der Reform der staatseigenen Unternehmen.
- * Beschleunigung der Veränderung der Wirtschaftsstruktur.
- * Förderung neuer Wachstumspole.
- * Ausbau von Märkten.
- * Ausweitung der außenwirtschaftlichen Öffnung.
- * Förderung einer nachhaltigen, schnellen und gesunden Entwicklung der nationalen Wirtschaft.

Als wichtigste gesamtwirtschaftliche Zielvorgaben für das Jahr 1997 nennt die Staatliche Planungskommission:

| | Ziele 1997 |
|---------------------|------------------|
| Wachstumsrate | +8% |
| Einzelhandelspreise | +6% |
| Anlageinvestitionen | +32% |
| Haushaltsdefizit | 57 Mrd. Y (-4 Y) |
| Außenhandel | 310 Mrd. US\$ |
| Bevölkerungszuwachs | +1,114% |
| Städt. Arbeitslosen | 3% |

Für die einzelnen Sektoren gelten spezielle Zielvorgaben, so z.B. für den Agrarsektor:

| | |
|---------------------|-----------------|
| Getreideanbaufläche | 1,68 Mrd. Mu |
| Getreideoutput | Niveau von 1996 |
| Baumwollanbaufläche | 80 Mio. Mu |
| Baumwolloutput | 4,25 Mio. t |
| Ölpflanzen | 22,5 Mio. t |
| Zucker | 86 Mio. t |
| Fleisch | 62 Mio. t |
| Wasserprodukte | 31 Mio. t |

Hinsichtlich der Agrarpolitik gibt es in der Planung für 1997 keine inhaltlichen Neuerungen. Allerdings wird auf die Einrichtung von lokalen und zentralen Fonds für den Aufbau und die Unterhaltung von Wasserbauanlagen sowie auf die Notwendigkeit des Baus von Schutzanlagen gegen Hochwasser hingewiesen.

Für die Entwicklung des Industriesektors gelten einerseits die allgemeinen Zielvorstellungen der weiteren Umgestaltung der staatseigenen Unternehmen (siehe Übersicht "Reformschritte 1997") und andererseits der Optimierung der Industriestruktur und der Effizienzsteigerung.

Quantitative Zielvorgaben bestehen nur in folgenden Bereichen:

| | 1997 |
|------------------------------|------------------------|
| Ind. Wertschöpfung | +11,5% |
| Kohle | 1,37 Mrd. t |
| Rohöl | 153,3 Mio. t |
| Elektrizität | 1.145 Mrd.kw |
| Stahl | 100 Mio. t |
| Kunstdünger | 26,6 Mio. t |
| Chemiefasern | 3,10 Mio. t |
| Fahrzeuge | 1,6 Mio. Stück |
| Äthylen | 3,5 Mio. t |
| Integr. Schaltkreise | 1,03 Mrd. Stück |
| Mikroel. Computer | 1,55 Mio. Stück |
| Digitale Schaltzentr. | 22 Mio. |
| Eisenbahnfrachtvol. | 1,64 Mrd. t |

Die Planungskommission nennt für 1997 ein Gesamtinvestitionsvolumen von 2.530 Mrd. Yuan; davon entfallen 1.807 Mrd. Yuan auf die staatseigenen Unternehmen. Durch vorrangige Zuteilung der Investitionen auf die Landwirtschaft, Wasserbau, Energieentwicklung, Transport, Verteidigung, neue und Hochtechnologien, Wissenschaft, Bildung, Kultur und andere Felder soll die Investitionsstruktur verbessert werden. Gleichzeitig gilt das Prinzip, daß ausreichend Investitionsmittel für Schlüsselprojekte, für die Beendigung der laufenden Projekte und für die Inbetriebnahme der fertigen Projekte zur Verfügung stehen sollen.

Für das Jahr 1997 ist die Fertigstellung und Inbetriebnahme von 83 großen und mittelgroßen Projekten vorgesehen. So werden die Flüsse Yangzi und Huanghe (Gelber Fluß) sowohl im Rahmen des Drei-Schluchten-Projektes als auch im Xiaolangdi-Projektes eingedämmt. Die Eisenbahnlinie zwischen Nanning und Kunming und die vierte Phase des Kohle-Terminals im Hafen von Qinhuangdao stehen vor der Fertigstellung. Weiterhin soll mit einem größeren Projekt zur Herstellung von integrierten Schaltkreisen in Shanghai begonnen werden. Die Investitionen sollen dem Ausbau folgender Kapazitäten dienen:

- * Energieerzeugung +10,42 Mio. kW
- * Rohölförderung 7,31 Mio. t
- * Kohleförderung + 42,95 Mio. t
- * Ausbau des Eisenbahnnetzes um +1.544 km

- * Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes um +1.752 km
- * Ausbau der Schnellstraßen +1.100 km
- * Digitale Telefon-Schaltzentren +17 Mio. Stück
- * Optisches Kabelnetz +24.300 km

Hinsichtlich der Inflationsentwicklung weist die Planungskommission auf die Notwendigkeit hin, neue Preissteigerungen in diesem Jahr zu verhindern. Um Preisstabilität zu garantieren, soll die Verantwortlichkeit des Provinzgouverneurs für das ausreichende Getreideangebot sowie die Verantwortlichkeit der Bürgermeister für sonstige landwirtschaftliche Grundprodukte außer Getreide auch in diesem Jahr beibehalten werden.

Im Bereich der Außenwirtschaftspolitik gibt es keine wesentlichen Neuerungen. Die Planungskommission weist lediglich auf die Notwendigkeit hin, neue Anreize für ausländische Investoren zu setzen. Auslandskapital soll verstärkt in die Landwirtschaft, Infrastruktur, High-Tech-Industrien und, regional gesehen, in größerem Ausmaß in die Zentral- und Westregion fließen. Auch Kredite zu günstigen Konditionen sollen in diese Bereiche und Regionen geleitet werden.

Für 1997 geht die Planungskommission von einem Anstieg der Realeinkommen der Bevölkerung von rd. 5% aus.

Der Schlüssel zur Realisierung der Planvorgaben wird von der Kommission in der Verstärkung der strukturellen Anpassungen und in der Verbesserung der Qualität und der Effizienz gesehen. Als besondere Probleme nennt die Planungskommission:

- * Überlappende Projekte tragen zu einer irrationalen Wirtschaftsstruktur bei.
- * Der technische Wandel der Unternehmen wurde beeinträchtigt durch zu geringe Betriebsgrößen, zu niedrige Technikstandards und Mängel in der arbeitsteiligen Produktion. Diese Probleme trugen zur schlechten Produktqualität, zu hohen Produktkosten und geringer Wettbewerbsfähigkeit bei.
- * Die koordinierte Entwicklung der Wirtschaft wurde beeinträchtigt durch die Überschneidungen von Industriestrukturen in verschiedenen Regionen, die irrationale Verteilung von Industrien, Schwächen in der Komplementarität von regionalen

Industrien und exzessiver Wettbewerb bei Produkten mit schlechter Qualität.

- * Verschiedene Ursachen haben diese Probleme hervorgerufen, doch die wichtigsten Gründe sind ideologisch und in der Wirtschaftsstruktur bedingt. So gab es lange Zeit keine Trennung zwischen Regierungsverwaltung und Unternehmensmanagement, so daß eine Tendenz bestand, (unabhängig von Kostengesichtspunkte) jede Art von Industrie aufzubauen. Es gab Barrieren zwischen den Regionen und Ministerien, Marktblockaden, bei Investitionen wurden Risikoaspekte und allgemein die wirtschaftliche Effizienz vernachlässigt.

(FE/2876/6S2/1-11, nach SWB, 25.3.97) -schü-

*(25)

Reformschritte 1997

Die Staatliche Wirtschaftsreformkommission hat Ende März eine Liste wichtiger Reformen zur Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur in diesem Jahr vorgelegt. Im Mittelpunkt der Reformanstrengungen werden die staatseigenen Unternehmen stehen. In Übereinstimmung mit den strategischen Zielen des 9.Fünffjahresplanes (1996-2000) werden sich die Reformen außerdem auf die Bereiche Investitionsmechanismen, soziale Sicherung, Wohnungsbau, Warenzirkulation, Besteuerung und Banken erstrecken.

In diesem Jahr plant die Regierung, ihre Anstrengungen zu verstärken, die großen staatseigenen Unternehmen und Unternehmensgruppen umzuorganisieren, während den kleinen staatseigenen Unternehmen noch größere Entscheidungsfreiheiten eingeräumt werden sollen. Zu den verschiedenen Umgestaltungsmöglichkeiten werden die Gründung von Anteilsgesellschaften, der Verkauf, die Versteigerung, Konkursanmeldung etc. gezählt. Mit Zustimmung der entsprechenden Ministerien soll zwischen den Unternehmen ein freier Fluß von Vermögensanteilen möglich gemacht werden.

Unternehmen, die stark verschuldet sind und ineffizient wirtschaften, sollen dabei unterstützt werden, neue Produkte herzustellen und ihre Schulden durch bessere Koordinierung, Fusion, Ausgabe von Schuldverschreibungen etc. umzustrukturieren. Für Transaktionen von Eigentumsrechten der staatseigenen Un-

ternehmen soll die Bildung von Märkten gefördert werden. Verlieren bei Übernahme von Unternehmen oder durch Konkurs Arbeitskräfte ihre Beschäftigung, sollen ihnen zumindest die grundlegenden Lebenshaltungskosten garantiert werden.

Bei der Umgestaltung der staatseigenen Unternehmen soll nach den Vorstellungen der Staatlichen Wirtschaftsreformkommission der Aufbau eines modernen Unternehmenssystems durch ein effizienteres auf wissenschaftlichen Grundlagen basierendes internes Management erreicht werden. Weitere Voraussetzungen sind die Trennung von staatlicher Verwaltung und Unternehmensmanagement sowie eine Reduzierung der historischen Altlasten der Staatsunternehmen (d.h. Pensionsansprüche von Rentnern, Krankenversicherung u.a. soziale Kosten).

Einerseits soll geeigneten Unternehmen in verstärktem Maße erlaubt werden, Wertpapiere und Schuldverschreibungen zu begeben, um ihre Unternehmensbilanz zu verbessern, andererseits will die Regierung Investitionen in staatseigene Unternehmen reduzieren, um sie stärker dem Markt auszusetzen. Hierbei soll den Banken eine Schlüsselrolle zugewiesen werden, da sie die Kreditwürdigkeit der Unternehmen bei der Vergabe von Krediten berücksichtigen sollen.

Als weiterer Reformschritt nennt die Staatliche Wirtschaftsreformkommission die Koordinierung der Reform der staatseigenen Unternehmen mit der Reform des sozialen Sicherungssystems, das sich im wesentlichen auf Renten, medizinische Versorgung und Unterstützung von Arbeitslosen erstreckt. Hinsichtlich der Reform im Wohnungswesen sollen Wohnungen nicht mehr als Teil des Wohlfahrtssystems der Arbeiter und Regierungsangestellten betrachtet werden. Diese Gruppe muß mit höheren Mieten, die zum Teil zumindest staatlich subventioniert werden, rechnen. Zusätzlich haben alle Unternehmen und Institutionen in Fonds für den Wohnungsbau einzuzahlen. Um Anreize für den Kauf von Wohnungseigentum zu setzen, sind günstigere Preise und Wohnungsbaukredite der Banken vorgesehen.

Reformen im Handel betreffen die Verbindung des staatlichen Getreideankaufpreises mit den Marktpreisen; die Regierung hofft, dadurch besser in der Lage zu sein, die Getreidepreise zu re-

gulieren und zu stabilisieren. Hinsichtlich des Baumwollhandels sollen die Märkte für den An- und Verkauf von Baumwolle verbessert werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 27.3.96, nach SWB, 1.4.97)

Die Probleme der staatseigenen Industrie und die Unternehmensreform zählen zu den zentralen Themen auf der 5. Tagung des 8. NVK Anfang März d.J. Obwohl mittelfristig Chancen für eine Verbesserung der Situation der Staatsbetriebe gesehen wird, hätten Ende 1996 rd. 40% der Unternehmen rote Zahlen geschrieben. NVK-Delegierten wie der Ökonom Huang Da begründeten die Schwäche der staatseigenen Industrie mit den Erblasten der Planwirtschaft, zu starker Einmischung durch die Verwaltungen, einer zu hohen Verschuldung der Unternehmen, veralteten Ausrüstungen und Technologien sowie schlechtem Management. Wu Bangguo, stellvertretender Ministerpräsident, wies darauf hin, daß sich die Situation der Unternehmen etwas verbessert habe. So hätten im 1. Quartal 1996 mehr als 40% der Unternehmen Verluste hinnehmen müssen, doch schon im 2. Quartal wieder Gewinne machen können, die sich in den Folgemonaten erhöht hätten. Wu zufolge haben die staatseigenen Unternehmen das schwierigste Jahr überwunden; bei Fortsetzung der Reformen rechnet Wu mit weiteren Verbesserungen für die Unternehmen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.3.97, nach SWB, 5.3.97)

In seinem Regierungsbericht hat Ministerpräsident Li Peng während der NVK-Tagung der Frage der staatseigenen Unternehmen ebenfalls eine besondere Bedeutung zugewiesen. Zunächst wies Li Peng in seinem Bericht auf die nach wie vor dominierende Funktion der staatseigenen Unternehmen für die gesamte Wirtschaft hin: Staatsunternehmen würden mit 60% zu den Haushaltseinnahmen beitragen, sie beschäftigten zwei Drittel aller städtischen Arbeitskräfte und seien weit überlegen in den Bereichen Infrastruktur sowie in der Grundstoffindustrie und der High-Tech-Industrie. Diese Unternehmen hätten einen großen Beitrag zur Reform, Entwicklung und Stabilität geleistet. Nach Aufzählen der Gründe für die Schwierigkeiten dieser Unternehmen wies Li Peng darauf hin, daß zukünftig nur noch die rd. 1.000 großen Staatsbetriebe und Unternehmensgruppen Unterstützung erhalten würden; diese Unternehmen seien nach wie vor das "Rückgrat" der Wirtschaft.

Von diesen 1.000 Unternehmen wären im Jahre 1996 300 Unternehmen als erste Versuchsgruppe durch Bankkredite gefördert worden, wobei die Banken die Verwendung der Kredite strikt überwacht hätten. Die Anzahl der Unternehmen, die in Modellversuche einbezogen werde, sei für 1997 auf 511 erhöht worden. Um Unternehmensgruppen zu bilden, die überregional arbeiten, in der Produktion und im Handel tätig wären und wettbewerbsfähig seien, hätte die Regierung im letzten Jahr versuchsweise 57 Unternehmensgruppen organisiert; ihre Zahl werde sich 1997 auf 120 Unternehmensgruppen erhöhen. Die versuchsweise gebildeten Unternehmensgruppen erhielten größere Entscheidungsrechte im Managementbereich und über den Import und Export.

Die kleineren rd. 200.000 staatseigenen Unternehmen, die sich überwiegend im Eigentum der Städte und Kreise befänden, müßten auf lokaler Ebene durch Umstrukturierung, Zusammenschluß, Verpachtung, Bildung von Anteilsgesellschaften etc. reformiert werden. In diesem Jahr werde die Reform dieser Unternehmen beschleunigt werden müssen.

Weitere Ausführungen zur Reform der staatseigenen Unternehmen in Li Pengs Regierungsbericht behandelten u.a. die Vereinheitlichung der Abläufe bei Unternehmenskonkursen, Entschuldung der Unternehmen, Verbesserungen des Unternehmensmanagements und die Beschleunigung der Reform der sozialen überbetrieblichen Sicherung. (SWB, 3.3.97, FE/2857/)

Kritisch merkt die *South China Morning Post* in einem Bericht vom 9.3.97 an, daß in Li Pengs Regierungsbericht einige Daten zur Situation der Staatsunternehmen fehlen würden. So habe Li Peng darauf verwiesen, daß das Haushaltsdefizit lediglich knapp 1% des BIP betrage, weit weniger als in anderen Ländern. Zum Defizit müßten jedoch die ausstehenden Kredite der Staatsunternehmen bei den Banken hinzugerechnet werden, die im Juni letzten Jahres 600 Mrd. Yuan betragen hätten. Außerdem sei die Verschuldung der Unternehmen untereinander zu berücksichtigen, die weitere rd. 900 Mrd. Yuan ausmache. -schü-

*(26)

Lokale Umweltprobleme und -lösungen

Zu den Regionen mit besonders großen Umweltproblemen zählt das Einzugsgebiet des Huaihe. Dieser Fluß ist einer der sieben wichtigsten Flüsse Chinas und umfaßt ein Gebiet von 270.000 km². Das Einzugsgebiet des Huaihe weist eine kultivierte Fläche von 13 Mio. ha und eine Bevölkerung von rd. 150 Mio. Menschen auf. In den letzten zehn Jahren nahm hier die Umweltverschmutzung in raschem Tempo zu. Die 180 Städte und Kleinstädte entlang des Flusses sowie Tausende von Betrieben verursachten jährlich stark verschmutzte Abwassermengen von 2,4 Mrd. t. Von den 191 Zuflüssen des Huaihe gelten rd. die Hälfte als schwerwiegend verschmutzt und als Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung.

Bereits 1996 waren 4.987 kleine Fabriken im Einzugsgebiet des Flusses geschlossen worden, die stark umweltbelastend waren. Zu diesen kleinen Betrieben gehörten vor allem Papiermühlen und Färbereien. Mit der Schließung dieser Betriebe hat sich nach Einschätzung der Lokalregierung die Umweltsituation schon etwas verbessert.

Für 1997 ist eine neue Liste von Unternehmen aufgestellt worden, die bis Ende des Jahres Fortschritte bei der Reduzierung ihrer Umweltbelastung vorweisen müssen. Diese Liste wurde von der Staatlichen Gruppe für den Wasserschutz im Huaihe-Einzugsgebiet erarbeitet und enthält 259 Unternehmen. Auf die Provinz Henan entfallen mit 101 stark umweltbelastenden Betrieben die meisten Unternehmen, in der Provinz Anhui sind es 55, in der Provinz Shandong 72 und 31 Betriebe in der Provinz Jiangsu. Ein Großteil dieser Unternehmen ist in der Papier- und Alkoholproduktion zu finden.

Das Staatliche Umweltschutzamt (State Bureau of Environmental Protection = SBEP) kommt in einem Bericht zu dem Schluß, daß 70% des verunreinigten Abwassers von Papiermühlen und Alkoholfabriken stammt. Die Behörde weist darauf hin, daß die Unternehmen innerhalb des festgelegten Zeitraums die von der Regierung gesetzten Ziele zur Klärung von Abwässern erreichen müßten. Falls dies nicht der Fall sein sollte, und falls die Unternehmen die Vorschriften umgehen würden, beispielsweise durch Änderung des Betriebsna-

mens oder durch Verlagerung des Umweltproblems in ein anderes Unternehmen, könnte die Bevölkerung dies der lokalen Umweltschutzbehörde berichten.

Die Bevölkerung soll also stärker als zuvor als Kontrollinstanz im Umweltschutz eingesetzt werden. Nach Einschätzung des Umweltamtes könne dann die Umsetzung der Umweltschutzgesetze verbessert und mehr Druck auf die umweltverschmutzenden Unternehmen und auf die Lokalregierungen ausgeübt werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 17.3.97, nach SWB, 26.3.97)

In der Provinz Henan haben Ende 1996 rd. 95% der Unternehmen, die zur Umweltverschmutzung beitragen, die von der Lokalregierung gesetzten Standards erreicht; mehr als 14.000 kleine Betriebe mußten aufgrund extremer Umweltprobleme geschlossen werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 22.3.96, nach SWB, 26.3.97)

Auch die Zertifizierung macht inzwischen Fortschritte. So meldet beispielsweise die Provinz Fujian, daß der international anerkannte Umwelistandard "ISO 1400" in den Industriebetrieben der Provinz im Jahre 1997 nach Aussage der lokalen Umweltschutzbehörde eingeführt werde. Ziel der Einführung dieses Umwelistandards sei die Verbesserung der Effizienz, die Reduzierung der Umweltverschmutzung und die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Provinz. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 17.3.97) -schü-

Taiwan

*(27)

Besuch des Dalai Lama: Neue Belastung der Beziehungen zwischen Taipei und Beijing

Der Dalai Lama, das im Exil lebende geistige und weltliche Oberhaupt der Tibeter, hat vom 22. bis 27. März einen 6tägigen Besuch in Taiwan abgestattet. Dies verursachte einen neuen politischen Wirbel in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Offiziell war er nur Gast des Buddhistischen Vereins von Taiwan, doch in

Wirklichkeit hat die Regierung an der Einladung mitgewirkt. So traf er neben den religiösen auch mit zahlreichen politischen Führern einschließlich des Staatspräsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui), des Vizestaatspräsidenten und Ministerpräsidenten Lian Zhan (Lien Chan) und des Vorsitzenden der größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), Xu Xingliang (Hsu Hsin-liang), zusammen. Die Regierung in Beijing, die den Dalai Lama als Rebellen und Taiwan als abtrünnige Provinz Chinas betrachtet, verurteilte in scharfen Tönen den Besuch. Sie fürchtet eine Allianz der tibetischen und taiwanesischen Separatisten.

Vor der Presse sagte der Dalai Lama, Friedensnobelpreisträger von 1984, er verfolge keine Unabhängigkeit, auch wenn Tibet historisch gesehen ein unabhängiges Land sei, er wolle nur eine tibetische Autonomie. Er verlange die gleichen Rechte für sein Volk, die Beijing unter dem Prinzip "ein Staat, zwei Systeme" Hongkong und Taiwan versprochen habe.

Auch in Taiwan ist der Besuch des Dalai Lama umstritten. Offiziell gilt Tibet auch in Taiwan nach wie vor als ein Territorium der Republik China, die 1949 das chinesische Festland im Bürgerkrieg an die Kommunisten verloren und ihren Regierungssitz nach Taiwan verlegt hat. In der Regierung Taipei besteht noch ein Komitee für die Mongolei und Tibet auf Ministerialebene. Die DPP, die die taiwanesischen Unabhängigkeit von China befürwortet, fordert die Abschaffung des Komitees und die Anerkennung der tibetischen Exilregierung. Während des Besuchs des Dalai Lamas wurde im Gesetzgebung Yuan (Parlament) ein Konsens zwischen allen Parteien erzielt, das Komitee für die Mongolei und Tibet mit dem vor kurzem errichteten Komitee für die Ureinwohner Taiwans zu einer Institution für Minderheiten zusammenzulegen. Der Dalai Lama, der eine Spende von 500.000 US\$ vom Buddhistischen Verein Taiwans erhielt, äußerte den Wunsch, eine tibetische Vertretung in Taiwan einzurichten. Im Hinblick auf die Reaktion Beijings zögert jedoch die Taipeier Regierung, den Vorschlag anzunehmen.

Beijing hat aus Protest gegen Li Denghuis "private" USA-Reise 1995 die halbamtlichen Verhandlungen über Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen schon seit fast zwei Jahren einge-